



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 22. März 2024 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

im Rahmen der Regierungserklärung des Bundeskanzlers in dieser Woche ging es im Parlament zur Sache – aus guten Gründen. Unser Fraktionschef erneuerte in seiner Erwiderung die von uns geforderte und sogar von einigen Spitzenvertretern der Ampel unterstützte TAURUS-Lieferung an die Ukraine. In allen Aspekten der Unterstützung der Ukraine in ihrem heldenhaften Verteidigungskampf gegen die russischen Aggressoren bedarf es einer fortlaufenden, seriösen und aufrichtigen Auseinandersetzung der Demokraten untereinander, weil es hier um die Frage von Krieg und Frieden geht. Persönlich halte ich es für wenig überzeugend, warum der Kanzler bei seiner ablehnenden Haltung in der Taurus-Frage bleibt, aber sich trotz mehrmaliger Nachfragen nicht zu einer substantiierten Begründung durchringen konnte. Den Tiefpunkt im Deutschen Bundestag in dieser zweijährigen Kriegsphase verursachte in der vergangenen Woche jedoch sein SPD-Fraktionsvorsitzender Mützenich, der im Plenum das Einfrieren des Krieges forderte. Für diese Einlassung fehlt mir nicht nur jedes Verständnis, ich halte sie für besorgniserregend naiv, gefährlich und

gegen unsere eigenen Sicherheitsinteressen gerichtet, vor allem, wenn man den Kontext dieser Aussagen berücksichtigt. Anlässlich Scheinwahlen in Russland kokettierte Putin mit einem Nuklearwaffeneinsatz und lehnte Verhandlungsoptionen wiederholt ab. Der Tod des mutigen Oppositionellen Alexej Nawalny geht auf sein Konto. Appeasement-Rhetorik ist da nicht nur fehl am Platz, sondern eine Verstärkung der Aggressor-Logik, sich in seinem Kriegswahn den eigenen Zielen näher zu fühlen. Das Protokoll des Deutschen Bundestages, das neben dem Wortlaut der vorgetragenen Reden auch das Applausverhalten der Fraktionen aufzeichnet, stellte den Applaus der SPD, des Bündnisses Sarah Wagenknecht, der Linken und der AfD zu dieser Bemerkung fest. Wenig später sprangen Mützenich in den Medien Björn Höcke sowie Alt-Kanzler und Putin-Freund Gerhard Schröder bei – kein Ruhmesblatt für einen Demokraten! Verärgerung macht sich auch bei unseren Nato-Partnern breit. Die Bundesrepublik unter der SPD-geführten Regierung steht in ihrer internationalen Verlässlichkeit beeinträchtigt da. Deutschland kann es besser.

Herzliche Grüße, Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Unterstützung für die Ukraine konsequent fortsetzen
- Schlechtes Zeugnis für Ampel-Energiepolitik durch den Bundesrechnungshof
- Die erste Besuchergruppe des Jahres zu Gast in Berlin
- Gute Nachrichten der Woche: Kindersterblichkeit sinkt weltweit

Ukraine-Unterstützung konsequent fortsetzen!

Die Lage in der Ukraine verschlechtert sich von Tag zu Tag immer weiter. Unter enormem Einsatz von Menschen und Material übt Russland hohen militärischen Druck auf den Frontverlauf aus. Moskau setzt auf eine Materialschlacht, auf Terror gegen die Zivilbevölkerung und wettet gegen unsere Durchhaltefähigkeit bei der Unterstützung der Ukraine. Um den russischen Vormarsch zu stoppen, ist die Ukraine mehr denn je auf die Lieferung von wirksamen Waffensystemen angewiesen. Der Bundeskanzler verweigert weiterhin eine TAURUS-Lieferung mit immer neuen Begründungen. Gleichzeitig brüskiert er mit Aussagen zum Einsatz Verbündeter unsere engsten Partner.

Standpunkt: *Wir wollen, dass das Töten endet. Damit dieser Krieg vorbeigeht, müssen wir die Ukraine in ihrer Verteidigung auch weiterhin unterstützen. Frieden wird es nur durch Stärke und Abschreckung geben; Schwäche hingegen würde Russland zu weiteren militärischen Abenteuern einladen. Somit geht es in der Ukraine um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur; hier entscheidet sich, ob in Europa künftig das Recht des militärisch Stärkeren oder weiterhin die Stärke des Völkerrechts gilt. In dieser Situation kommt es entscheidend auf die Geschlossenheit und die Übernahme von politischer Führungsverantwortung an. Doch der Bundeskanzler verwirrt mit seinen ständig wechselnden Aussagen die Bevölkerung und schürt dadurch zusätzlich Ängste. Gleichzeitig setzt er Deutschlands Glaubwürdigkeit bei den*

europäischen sowie transatlantischen Partnern aufs Spiel. Folgerichtig wächst in den Koalitionsfraktionen der Widerstand. Damit die Ukraine den Krieg gewinnen kann, benötigt sie jetzt entschlossenes Handeln und die dafür notwendige Unterstützung unterhalb der Schwelle eines Kriegseintritts. Die Ablehnung des Antrags meiner Fraktion zur Lieferung von TAURUS durch die Kanzlermehrheit – mit einigen Ausnahmen, die mit uns gestimmt haben – ist eine verpasste Gelegenheit und sehr zu bedauern. Über die inakzeptablen und verstörenden Einlassungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden, eines unbelehrbaren Appeasementpolitikers, ganz zu schweigen! •

Schlechtes Zeugnis für Energiepolitik der Ampel

Der Bundesrechnungshof hat festgestellt, dass die Bundesregierung den Zielen beim Ausbau erneuerbarer Energien sowie hinreichend gesicherter, steuerbarer Kraftwerksleistung hinterherhinkt. Die Versorgungssicherheit ist gefährdet, der Strom ist teuer und Auswirkungen der Energiewende auf Landschaft, Natur und Umwelt kann die Bundesregierung nicht umfassend bewerten. **Standpunkt:** *Der Bundesrechnungshof stellt der Bundesregierung ein verheerendes Zeugnis aus. Die Ampel muss Konsequenzen aus diesem Bericht ziehen: Eine grundlegende Neuausrichtung ist unumgänglich. Dabei muss der Fokus darauf gerichtet werden, wie mit sauberen Technologien Klima und Wirtschaft zusammen gedacht werden können. Nur so wird die Akzeptanz für Klimapolitik dauerhaft gesichert und nur dann können wir auch international ein Impulsgeber werden. •*

Bezahlkarte für Asylbewerber einführen!

Erst auf großen Druck von CDU und CSU erklärte sich der Bundeskanzler in der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November 2023 dazu bereit, die Rechtsgrundlage für die bundesweite Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber zu schaffen. Mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bestand Einigkeit in der Zielsetzung, Barauszahlungen an Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) weiter einzuschränken. So sollen Anreize zur irregulären Migration nach Deutschland reduziert und auch der Verwaltungsaufwand bei den Kommunen minimiert werden. Hierzu sollen bundesweit Leistungen durch die Ausgabe von Bezahlkarten gewährt werden können. Notwendigen gesetzlichen Anpassungsbedarf im AsylbLG wollte die Bundesregierung zeitnah auf den Weg bringen. Die Bundesländer haben in einem gemeinsamen Beschluss vom 31. Januar 2024 die Bundesregierung gebeten, Änderungen im AsylbLG vorzunehmen. Diese sollen die Grundlage für eine rechtssichere Einführung der Bezahlkarte legen. Bisher liegt kein geeinter Gesetzentwurf der Regierungskoalition vor, da die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen der eigenen Bundesregierung die Zustimmung verweigert.

Standpunkt: Die Tatenlosigkeit der Regierung im Bereich der Migrationspolitik ist nicht länger hinzunehmen. Dem Wunsch der Bundesländer folgend, legen wir nun mit einem eigenen Gesetzentwurf für eine rechtssichere Grundlage für die Einführung von

Bezahlkarten vor. Angesichts des aktuellen Zustroms von Asylbewerbern, der die Kommunen überfordert und Deutschland an seine Belastungsgrenze bringt, ist es richtig, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz möglichst in Form von Sachleistungen oder mittels Bezahlkarte zu erbringen. Wird hiervon nicht hinreichend Gebrauch gemacht, ist in Zukunft darüber hinaus ein entsprechender Vorrang im Asylbewerberleistungsgesetz festzuschreiben, um Anreize für die ungesteuerte Asylnmigration nachhaltig zu verringern. •

Antisemitismus in allen Erscheinungsformen bekämpfen!

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist Antisemitismus an deutschen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie im Kunst- und Kulturbetrieb in erschreckender und alarmierender Weise zutage getreten. Jüdische Schüler, Lehrkräfte, Studenten und Wissenschaftler erfahren noch häufiger als zuvor Anfeindungen und Angriffe. Antisemitische Vorfälle im Kulturbetrieb – etwa bei der documenta in Kassel oder jüngst bei der Preisverleihung der Berlinale in Berlin – bleiben in der eigenen „Szene“ zu oft unwidersprochen.

Standpunkt: Antisemitismus ist in Deutschland generell – zu jeder Zeit und an jedem Ort – inakzeptabel. Dies gilt damit selbstverständlich auch in Bildungseinrichtungen, an Hochschulen sowie im Kunst- und Kulturbereich. Es braucht eine breite gesellschaftliche und parteiübergreifende Reaktion auf die neuerlichen, unerträglichen Vorfälle von Antisemitismus.

Mit Befremden stellen wir jedoch fest, dass in bestimmten Ausprägungen des Kulturbetriebs antisemitische Einstellungen beinahe salonfähig geworden sind und ihnen nicht im erforderlichen Maße Widerspruch entgegengebracht wird. Zu selten erfolgte eine klare staatliche Antwort – wie etwa die Streichung von Fördermitteln. Aus Hochschulen erreichen uns Meldungen über gewalttätige

Übergriffe auf jüdische Studenten. Jüdische Schüler haben mitunter Angst, zur Schule zu gehen und sind Übergriffen ausgesetzt.

Mit einer „Aktuellen Stunde“ auf Antrag unserer Fraktion fordern wir die Bundesregierung zum Handeln auf. Hochschulgesetze müssen angepasst werden, damit die Möglichkeit der Exmatrikulation insbesondere bei antisemitischen Gewalttaten besteht. Das staatlich vergebene Label der „Exzellenz“ in Wissenschaft und Forschung dürfen aus unserer Sicht künftig nur solche Einrichtungen erhalten, die konsequent gegen Antisemitismus vorgehen. Zudem setzen wir uns für die Förderung von Forschung und Bildungsprogrammen ein, die sich dem Kampf gegen Antisemitismus widmen und jüdisches Leben stärken. Wir erwarten, dass künftig keine Bundesmittel an Kulturprojekte oder Einrichtungen fließen, die Antisemitismus eine Bühne bieten. Wenn Förderungen bereits erfolgt sind, müssen diese zurückgefordert werden. Die jüngsten Vorfälle haben gezeigt, dass die Erarbeitung hausinterner „Codes of Conduct“ nicht ausreicht. Wir brauchen eine einheitliche, verbindliche Verpflichtungserklärung gegen Antisemitismus für alle bundesgeförderten Kultureinrichtungen. •

Energiewende auch sicherheitspolitisch gestalten!

Eine der drängendsten Fragen der Zeit – nicht zuletzt seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine – ist die Frage der deutschen und europäischen Energiesicherheit. Die Gestaltung der Energiewende nicht nur in ökologischer sondern auch aus sicherheitspolitischer Sicht (das sogenannte „de-risking“) ist das Gebot der Stunde. Die European Initiative for Energy Security (EIES) ist eine junge Nichtregierungsorganisation, die sich genau mit diesem Komplex auseinandersetzt.



Gerne habe ich daher mit Albéric Mongrenier, dem Direktor der EIES und seiner Stellvertreterin Isabelle Duprez gesprochen, die ihre Initiative in dieser Woche im Deutschen Bundestag vorgestellt haben. Vielen Dank für den anregenden Austausch. Ich freue mich, wenn wir ihn an anderer Stelle fortsetzen werden. •



Trotz Flug- & Bahnstreiks: Besuchergruppe aus dem Wahlkreis in Berlin

Auch wenn die Anreise durch die Streiks bei Deutscher Bahn und an den Flughäfen nach Berlin diesmal etwas ungewöhnlich war: Ich habe mich sehr gefreut, dass ich meine erste große BPA-Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis begrüßen konnte.

Auf die Gruppe wartete ein spannendes Programm mit Besuchen des Deutschen Bundestages, dem Bundesagrarministerium und einigen Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt.

Auch der persönliche Austausch mit mir durfte nicht fehlen.

Vielen Dank an Gutacker Reisen aus Schmittens-Oberreifenberg für die logistische Unterstützung und allen Teilnehmenden für die Anpassungsfähigkeit bei An- und Abreise! •



Praktikantinnen-Unterstützung in meinem Büro

In den vergangenen zwei Wochen hatten mein Bundestagsbüro und ich wieder tatkräftige Unterstützung von zwei Praktikantinnen. Vielen Dank an Fanny und Annalena. Ich hoffe, ihr konntet beide einige interessante Einblicke in den Arbeitsalltag eines Bundestagsabgeordneten und den politischen Betrieb Berlins gewinnen. Alles erdenklich Gute für Euren weiteren Lebensweg! •



Die gute Nachricht der Woche Weltweite Kindersterblichkeit sinkt drastisch

Weltweit überleben nach Einschätzung des UN-Kinderhilfswerks Unicef mehr Kinder als je zuvor die ersten Lebensjahre. So habe 2022 die Zahl der Kinder, die vor ihrem fünften Geburtstag an vermeidbaren Ursachen gestorben seien, mit schätzungsweise 4,9 Millionen Kindern einen historischen Tiefstand erreicht. 1990 seien es noch 12,5 Millionen Kinder gewesen.

Den Angaben zufolge entfielen 2022 die meisten dieser Todesfälle auf Afrika südlich der Sahara und auf Südasien. Dennoch ist es gelungen, in so unterschiedlichen Ländern wie Kambodscha, Malawi, der Mongolei oder Ruanda die Sterblichkeitsrate seit 2000 sogar um 75 Prozent zu senken. Dazu beigetragen haben bessere Gesundheitssysteme, bessere Nahrung, Trinkwasser- und Sanitärversorgung und Impfungen gegen vermeidbare Krankheiten wie Polio, Tetanus oder Masern. Hoffnung macht auch ein neuer Malaria-Impfstoff, der bereits in einigen von Unicef unterstützten Pilotprojekten und künftig viele Kinder besser vor einer der häufigsten Todesursachen schützen könnte.

Dennoch dürfen wir in unserem Einsatz nicht nachlassen, weiter gegen weltweite Kindersterblichkeit zu kämpfen. •

